



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode, 1991-1992

23.03.1993 - Drucksache 13/528

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. März 1993**Arbeit der Kultusministerkonferenz an einem Orientierungsrahmen für die Sekundarstufe I**

Die Kultusministerkonferenz hat im Juni 1992 beschlossen, 1993 einen „Gemeinsamen Orientierungsrahmen für die Schularten/Schulformen und Bildungsgänge im Sekundarbereich I“ vorzulegen.

Der Senat wird um Auskunft gebeten:

1. Welche Position wird der Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen für den neuen „Gemeinsamen Orientierungsrahmen“ vertreten?
2. Welche Institutionen und Verbände wurden zur Erörterung dieses weitreichenden Themas um eine Stellungnahme gebeten?
3. Zu welchem Ergebnis führten gegebenenfalls diese Stellungnahmen?
4. Hält der Senat eine verwaltungsinterne Diskussion dieses Themas für ausreichend?
5. Was wird der Senat unternehmen, damit das Anforderungsniveau der Abschlüsse, insbesondere in Bezug auf die Abschlüsse von Gesamtschulen, nicht gesenkt wird?

Bürger, Kudella und Fraktion der CDU

D a z u

Antwort des Senats vom 23. März 1993

Die KMK erarbeitet zur Zeit den Entwurf einer Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I, mit der „ausgehend von dem Prinzip des wechselseitigen Vertrauens und der Toleranz“ — so ausdrücklich vereinbart — die gegenseitige Anerkennung aller Abschlüsse im S I angestrebt wird.

Zu 1.:

Der Senator für Bildung und Wissenschaft vertritt als grundsätzliche Verhandlungsposition eine größtmögliche Liberalität zwischen den Ländern. Er ist der Auffassung, daß der Konsensfindung und dem vereinbarten Toleranzprinzip am besten ein weiter Rahmen dient, der die Länderhoheit respektiert und die länderspezifischen inhaltlichen Prägungen anerkennt.

Zu 2.—4.:

Institutionen und Verbände wurden nicht um Stellungnahme gebeten. Die angestrebte Beschlußfassung der KMK wird lediglich eine Verwaltungsvereinbarung darstellen. Daher ist eine verwaltungsinterne Befassung mit dem Thema geboten und ausreichend.

Zu 5.:

Weder der Senat der Freien Hansestadt Bremen noch die KMK verfolgen das Ziel, das Niveau schulischer Bildung und der entsprechenden Abschlußforderungen zu senken; dies gilt grundsätzlich für alle Bildungsgänge, auch für die der Gesamtschulen.

